

Antrag 132/I/2019**AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Freiwillige Rückkehr muss freiwillig sein**

1 Auf öffentliche Werbung für die freiwillige Rückkehr soll
2 insgesamt verzichtet werden.

3

4 Daher fordern wir:

5

6 • Auf öffentliche Werbung für die freiwillige Rückkehr
7 soll insgesamt verzichtet werden. Stattdessen sol-
8 len Geflüchtete nur auf persönlicher Ebene und bei
9 Bedarf und von geschultem Personal über die An-
10 gebote des Staates zur freiwilligen Rückkehr infor-
11 miert werden.

12 • „StarthilfePlus“ soll abgeschafft werden und es
13 stattdessen Geflüchteten, die sich für die freiwillige
14 Rückkehr entschieden haben, freisteht, mindestens
15 1200 Euro Unterstützung (Inklusive Rückflug) zu be-
16 kommen, egal zu welchem Zeitpunkt die Entschei-
17 dung getroffen wird und egal, ob die Entscheidung
18 während oder nach dem Ende der Verarbeitung des
19 Asylverfahrens getroffen wurde.

20 • Die 500 Millionen Euro, die mit der Abschaffung der
21 öffentlichen Werbung gespart werden, sollen dafür
22 genutzt werden, die finanzielle Unterstützung bei
23 der freiwilligen Rückkehr deutlich zu erhöhen und
24 um in Integrationsprogramme in Deutschland zu in-
25 vestieren.

26 • Zudem reicht es nicht aus, Starthilfe in Form
27 von Geld zu geben, vielmehr müssen Strategi-
28 en zur selbstständigen Unternehmensgründungen
29 weitergegeben werden. Auch die Option einen Mi-
30 krokredit aufzunehmen, sobald ein eingereichtes
31 Konzept vorliegt, sollte den Rückkehrenden ermög-
32 licht werden. Denn die wirtschaftliche Unabhängig-
33 keit ist besonders in Krisengebieten von großer Be-
34 deutung.

35

36 Die freiwillige Rückkehr ist nur sinnvoll und gerecht, wenn
37 die Entscheidung, zurückzukehren, tatsächlich freiwillig
38 getroffen wird. Die jetzige Politik des Bundesinnenminis-
39 teriums garantiert dies nicht. Dies wurde deutlich, als das
40 Innenministerium im letzten November eine halbe Milli-
41 on Euro damit verschwendet hat, eine öffentliche Kam-
42 pagne zum Thema in Auftrag zu geben. Auf Plakaten, die
43 in fast allen Bahnhöfen in deutschen Großstädten aufge-
44 hängt wurden, konnte man in großen Buchstaben lesen:
45 „Dein Land. Deine Zukunft. JETZT!“. In den kleineren Buch-
46 staben wurde Geflüchtete, die bis Ende des Jahres im Rah-
47 men der freiwilligen Rückkehr und des neuen Programms
48 „StarthilfePlus“ ausreisen würden, ein finanzieller Bonus
49 versprochen.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Auf öffentliche Werbung für die freiwillige Rückkehr soll insgesamt verzichtet werden.

Daher fordern wir:

- Auf öffentliche Werbung für die freiwillige Rückkehr soll insgesamt verzichtet werden. Stattdessen sollen Geflüchtete **freiwillig auf ihren Wunsch** nur auf persönlicher Ebene und bei Bedarf und von geschultem Personal über die Angebote des Staates zur freiwilligen Rückkehr informiert werden.
- „StarthilfePlus“ soll abgeschafft werden und es stattdessen Geflüchteten, die sich für die freiwillige Rückkehr entschieden haben, freisteht, mindestens 1200 Euro Unterstützung (Inklusive Rückflug) zu bekommen, egal zu welchem Zeitpunkt die Entscheidung getroffen wird und egal, ob die Entscheidung während oder nach dem Ende der Verarbeitung des Asylverfahrens getroffen wurde.
- Die **Mittel**, die mit der Abschaffung der öffentlichen Werbung gespart werden, sollen dafür genutzt werden, die finanzielle Unterstützung bei der freiwilligen Rückkehr deutlich zu erhöhen und um in Integrationsprogramme in Deutschland zu investieren.
- Zudem reicht es nicht aus, Starthilfe in Form von Geld zu geben, vielmehr müssen Strategien zur selbstständigen Unternehmensgründungen weitergegeben werden. Auch die Option einen Mikrokredit aufzunehmen, sobald ein eingereichtes Konzept vorliegt, sollte den Rückkehrenden ermöglicht werden. Denn die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist besonders in Krisengebieten von großer Bedeutung.

Die freiwillige Rückkehr ist nur sinnvoll und gerecht, wenn die Entscheidung, zurückzukehren, tatsächlich freiwillig getroffen wird. Die jetzige Politik des Bundesinnenministeriums garantiert dies nicht. Dies wurde deutlich, als das Innenministerium im letzten November eine halbe Million Euro damit verschwendet hat, eine öffentliche Kampagne zum Thema in Auftrag zu geben. Auf Plakaten, die in fast allen Bahnhöfen in deutschen Großstädten aufgehängt wurden, konnte man in großen Buchstaben lesen: „Dein Land. Deine Zukunft. JETZT!“. In den kleineren Buchstaben wurde Geflüchtete, die bis Ende des Jahres im Rahmen der freiwilligen Rückkehr und des neuen Programms „StarthilfePlus“ ausreisen würden, ein finanzieller Bonus versprochen.

Für uns ist eine solch nationalistische und ausländerfeindliche Politik auf keinen Fall tragbar.

50 Für uns ist eine solch nationalistische und ausländerfeind-
51 liche Politik auf keinen Fall tragbar.
52 Das Innenministerium muss sofort aufhören, die freiwillige
53 Rückkehr politisch zu nutzen, um somit die Zahlen
54 der Ausreise zu vergrößern und einen ausländerfeindlichen
55 Teil der Bevölkerung zu beruhigen. Stattdessen soll
56 es sich um die Menschen kümmern, die hierher geflohen
57 sind, auf der Suche nach Sicherheit und Freiheit.

Das Innenministerium muss sofort aufhören, die freiwillige Rückkehr politisch zu nutzen, um somit die Zahlen der Ausreise zu vergrößern und einen ausländerfeindlichen Teil der Bevölkerung zu beruhigen. Stattdessen soll es sich um die Menschen kümmern, die hierher geflohen sind, auf der Suche nach Sicherheit und Freiheit.